

Kosten für Ausgleichsflächen umgelegt

Gemeinderat: Diskussion über Einzelfragen – neue Anzüge für Ortsfeuerwehren

Von Elena Ostermeier

Buxheim – Die knappe Tagesordnung machte vergangenen Montag Hoffnung auf eine kurze Gemeinderatssitzung in Buxheim. Die Satzung zur Kostenerstattung für Ausgleichsflächen löste allerdings eine längere Diskussion aus, als Bürgermeister Benedikt Bauer vermutlich erwartet hatte.

Dabei ist der grundlegende Sachverhalt leicht zu erklären: Jede Ausweisung eines Baugebietes stellt zwangsläufig einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Für diese Verschlechterung zu Lasten der Natur muss die Gemeinde meist an anderer Stelle einen Ausgleich schaffen. Das fordert der Gesetzgeber seit 1998, im Baugesetzbuch. Die tatsächlichen Kosten der Ausgleichsmaßnahmen werden auf die Eigentümer der Bauplätze nach deren Grundfläche verteilt.

Zu den Kosten zählen der Grunderwerb sowie die Planung, Fertigstellung und Entwicklungspflege der Maßnahmen. Die konkrete Ausgestaltung der Ausgleichsmaßnahmen ergibt sich aus den Festsetzungen des Bebauungsplanes. So fordert

der Bebauungsplan „Röthelfeld“ auf einer Fläche von 5246 Quadratmetern (ehemaliger Sportplatz Tauberfeld) den Verzicht auf Düngung, Pflanzenschutz und sonstige Bodenverbesserung sowie eine einmalige Herbstmahd mit Abfuhr des Mähgutes.

Dass die Gemeinde Buxheim künftig auf der Grundlage einer Satzung derartige Kosten umlegen wird, war relativ schnell geklärt. Zu Meinungsverschiedenheiten führte vielmehr die Frage, ob die neue Satzung auch schon für das bereits erschlossene Baugebiet Nr. 23 „Röthelfeld“ in Tauberfeld gelten soll.

Für Bürgermeister Bauer ist dies eine Selbstverständlichkeit, für manchen Gemeinderat Grund zur Sorge. Mehrere Ge-

meinderäte meldeten Bedenken an, eine nachträgliche Forderung könne Verärgerung hervorrufen: Zum Zeitpunkt des Bauplatzkaufs sei nicht bekannt gewesen, dass neben den Erschließungskosten noch weitere Forderungen auf die Eigentümer zukommen würden. Im Falle „Röthelfeld“, so der Bürgermeister, handle es sich um einen überschaubar niedrigen Preis von etwa 1 Euro pro Quadratmeter, da zwei eher geringwertige Flächen als Ausgleichsflächen genutzt werden. Anders könne es freilich in der Zukunft aussehen, fügte Bauer hinzu, wenn beispielsweise Flächen für die Anlage einer Streuobstwiese gekauft werden müssten. Auch für das Baugebiet Nr. 24 „Weinbergstraße Tauberfeld“ und die Freiflä-

chen-Photovoltaikanlage habe die Gemeinde bereits Ausgleichsflächen geschaffen.

Josef Funk (CSU) sprach sich im Sinne der Gleichbehandlung dafür aus, „Röthelfeld“ analog zur „Weinbergstraße“ miteinzubeziehen. Stefan Grubmann (FW) plädierte ebenfalls dafür, die Kosten im „Röthelfeld“ den Nutznießern und nicht der Allgemeinheit in Rechnung zu stellen. Auf die Frage von Michael Fuchs (FW), wie sich die jeweiligen Beiträge berechnen lassen, antwortete Bauer, dass die tatsächlichen Kosten des Grunderwerbs oder bei gemeindlichen Flächen der Bodenrichtwert angesetzt werden müssten. Sabine Würzburger (CSU) erkundigte sich, ob die Rechtsaufsicht diesem Vorgehen seine Zustimmung er-

teilt habe. Schließlich beschloss das Gremium die Satzung gegen die Stimmen von Andreas Bauch (FW) sowie Brigitte Brems und Josef Grienberger (beide CSU) mit der Prämisse, dass die Rechtsaufsicht über die Anwendbarkeit auf bereits erschlossene Grundstücke entscheidet. Abschließend stellte der Bürgermeister fest: „Als Grundsatzentscheidung ist die Satzung auf jedes weitere Bau- oder Gewerbegebiet anwendbar.“

Die Ortsfeuerwehren Buxheim und Tauberfeld werden im kommenden Jahr mit circa 90 neuen Anzügen ausgestattet. Nach rund 25 Jahren sind die alten Modelle verschlissen und „nicht mehr auf der Höhe der Zeit“. Wie Zweiter Bürgermeister Christian Sengl, selbst bei der Wehr aktiv, berichtete, hatten die beiden Kommandanten im Vorfeld einen intensiven Vergleich verschiedener Modelle durchgeführt. Das Rennen machte letztlich ein Modell aus dem mittleren Preissegment. Die zweilagige Einsatzkleidung weist eine besonders gute Schutzfunktion auf, gilt als sehr langlebig und ist besonders gut sichtbar. Je nach Größe wird ein Anzug mit etwa 680 Euro zu Buche schlagen. **EK**

IN DER SITZUNG NOTIERT

■ Laut Zweitem Bürgermeister Christian Sengl erhält die Gemeinde durchweg positive Rückmeldungen der Buxheimer für den Volksfestbus nach Eichstätt. Diese Verbindung ist von der Gemeinde finanziert und von zahlreichen Personen als ökologi-

sche Alternative zum eigenen Auto genutzt worden.

■ Mehrere Gemeinderäte wiesen auf Probleme mit der Regionalbus Augsburg GmbH hin, vor allem in der ersten Schulwoche. So waren wohl mehrere Haltestellen

nicht bedient worden. Weder an den Haltestellen noch im Internet habe man Informationen über Alternativhaltestellen finden können. Bürgermeister Bauer versprach, das Thema gegenüber dem Busunternehmen erneut aufzugreifen. **eom**